



Richtplan des Kantons Zürich, Gesamtüberprüfung - vorgezogene Genehmigung betr. Agglomerationsprogramme durch den Bund

Prüfungsbericht zuhanden des Eidg. Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Referenz/Aktenzeichen: O061-0118

1 GEGENSTAND DER GENEHMIGUNG

1.1 Antrag des Kantons und Richtplanverfahren

Am 18. März 2014 hat der Zürcher Kantonsrat den gesamthaft überarbeiteten kantonalen Richtplan beschlossen. Mit Schreiben vom 2. Juni 2014 hat der Vorsteher der Baudirektion des Kantons Zürich diese „Gesamtüberprüfung“ des kantonalen Richtplans dem Bund zur Genehmigung eingereicht.

Im Rahmen der laufenden Prüfung waren seitens Kanton verschiedene Ergänzungen der Erläuterungen nötig, u.a. auch in Bezug auf Agglomerationsvorhaben. Nach aktuellem Stand der Arbeiten erfolgt der Abschluss des Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens zur „Gesamtüberprüfung“ mit der Genehmigung durch den Bundesrat voraussichtlich im April 2015.

Mit Schreiben vom 27. Januar 2015 ersucht das Amt für Raumentwicklung des Kantons Zürich den Bund, die für die Leistungsvereinbarungen Agglomerationsprogramme 2. Generation relevanten Richtplaninhalte vorgezogen zu genehmigen.

Die Information und Mitwirkung der Bevölkerung zum Entwurf der Gesamtüberprüfung erfolgte im Rahmen der öffentlichen Auflage vom 21. Januar bis 15. April 2011. Ebenso wurden die Nachbarkantone einbezogen.

1.2 Ablauf des Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens

Im Rahmen des Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens zur „Gesamtüberprüfung“ hat das ARE die Mitglieder der Raumordnungskonferenz des Bundes (ROK) sowie die Nachbarkantone zur Stellungnahme eingeladen. Zu den Inhalten der vorgezogenen Genehmigung liegen weder von den Bundesstellen noch von den Nachbarkantonen Bemerkungen vor.

Mit Schreiben vom 3. März 2015 wurde dem Kanton Zürich die Gelegenheit gegeben, sich zum Prüfungsbericht zu äussern. Der Kanton hat in seiner Antwort vom 13. März 2015 dem ARE mitgeteilt, dass er mit dem vorliegenden Prüfungsbericht einverstanden ist.

Die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarungen für die Agglomerationsprogramme 2. Generation erfordert eine vorgängige Genehmigung der notwendigen Richtplanfestlegungen. Damit mit der Umsetzung einzelner Verkehrsvorhaben begonnen werden kann, sollte die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarungen baldmöglichst erfolgen. Deshalb werden die für die Agglomerationsprogramme notwendigen Richtplananpassungen der Genehmigung der Gesamtüberarbeitung vorgezogen und in einem separaten Prüfungsbericht dem UVEK zur Genehmigung beantragt.

Die Rechtmässigkeit einzelner Vorhaben wird summarisch geprüft. Die vom Departement genehmigte Richtplananpassung dient dazu, die geplanten Vorhaben zügig einem rechtmässigen, grundeigentümergehörigen Entscheid zuzuführen, der die im Richtplan zum Ausdruck kommenden Prioritäten und Wertungen berücksichtigt. Der Richtplan ist selber jedoch noch kein Garant für die Rechtmässigkeit.

keit eines Vorhabens.

2 INHALT DER ANPASSUNG UND BEURTEILUNG DURCH DEN BUND

Die Pflicht der Verankerung der Agglomerationsprogramme im kantonalen Richtplan ergibt sich aus den Anforderungen des Bundes gemäss Art. 17c MinVG. Die Weisungen des Bundes über die Prüfung und Mitfinanzierung der Agglomerationsprogramme sehen vor, dass A-Massnahmen (Verkehr und eng damit verbundene Siedlungsmassnahmen) bis zur Leistungsvereinbarung mit dem Bund zwingend im Richtplan zu verankern sind.

Gemäss den Prüfberichten zu den einzelnen Agglomerationsprogrammen handelt es sich um die folgenden A-Massnahmen (Tabellen 6-2 und 6-4):

Stadt Zürich-Glattal (Prüfbericht des Bundes vom 26.02.2014)

- Zürich – Realisierung Tramverbindung Hardbrücke (Z_ÖV1),
- Zürich – Anpassungen Bahnhof Hardbrücke (Sofortmassnahmen) (Z_ÖV9)

Limmattal (Prüfbericht des Bundes vom 26.02.2014)

- Limmattalbahn – Etappe 1/3 (ÖV_1)
- Dietikon – Doppelspur-Ausbau BDWM (ÖV_2)
- Limmattal – Masterplanung LTB (S_3)
- Schlieren – Masterplanung Zentrum Schlieren (S_6)
- Schlieren – Entwicklungsplanung Schlieren West und Rietpark (S_7)

Winterthur und Umgebung (Prüfbericht des Bundes 26.02.2014)

- Winterthur - ÖV-Hochleistungskorridor und Urban Boulevards 1. Priorität (GV1)
- 4. Teilergänzungen S-Bahn 3. Etappe (ÖV1)
- Winterthur - Neue Querung und Aufwertung Umsteigepunkt Grüze (ÖV3)
- Winterthur - Masterplanung urbanes Zentrum Neuhegi-Grüze (S2b)

Im Prüfbericht zum Agglomerationsprogramm Zürcher Oberland sind keine richtplanrelevanten A-Massnahmen aufgeführt.

Folgende A-Massnahmen Verkehr sind im kantonalen Richtplan (Kapitel 4.3.2) aufgenommen: Tramverbindung Hardbrücke, Zürich (Nr. 4), Limmattalbahn (Nr. 16), Dietikon-Stoffelbach-Bahnhof Dietikon/Bremgarten-Dietikon (Nr. 17). Die räumliche Abstimmung dieser Vorhaben ist erfolgt, sie können als Festsetzung genehmigt werden.

Gemäss den Erläuterungen des Kantons sind die folgenden in den Prüfberichten als richtplanrelevant aufgeführten Vorhaben nicht richtplanrelevant und erfordern daher keine Aufnahme im kantonalen Richtplan: Zürich – Anpassungen Bahnhof Hardbrücke (Sofortmassnahmen) (Z_ÖV9) und 4. Teilergänzungen S-Bahn 3. Etappe (ÖV1). Im Fall der Sofortmassnahme Hardbrücke handelt es sich um einen Ausbau des Zugangs von der Brücke auf die Perrons. Bei den Massnahmen der S-Bahn 3. Etappe handelt es sich um Anpassungen an Perronanlagen, Signalisierungen und Weichenverbindungen.

Die restlichen der in den Prüfberichten als richtplanrelevant aufgelisteten Massnahmen (Verkehr und Siedlung) werden gemäss den Erläuterungen des Kantons aufgrund ihres geringen Abstimmungsbedarfs nicht im kantonalen, sondern in den regionalen Richtplänen festgelegt. Beim Vorhaben Winterthur - ÖV-Hochleistungskorridor und Urban Boulevards 1. Priorität (GV1) handelt es sich insbeson-

dere um eine Eigentrossierung für Busspuren. Für den Bund ist dieses Vorgehen des Kantons Zürich nachvollziehbar.

Die Massnahme Limmattal – Masterplanung LTB (S_3) hat verschiedene Bezüge zum kantonalen Richtplan (u.a. kantonale Zentrumsgebiete Zürich-Hard/Altstetten, Dietikon, Schlieren). Die beiden A-Massnahmen Siedlung in Schlieren – Masterplanung Zentrum Schlieren (S_6) und Entwicklungsplanung Schlieren West und Rietpark (S_7) – befinden sich im kantonalen Zentrumsgebiet Schlieren (Nr. 12). Die Massnahmen Winterthur - Masterplanung urbanes Zentrum Neuhegi-Grüze (S2b) und Neue Querung und Aufwertung Umsteigepunkt Grüze (ÖV3) befinden sich im kantonalen Zentrumsgebiet Oberwinterthur/Grüze (Nr. 7). Vor dem Hintergrund der weit fortgeschrittenen Prüfung des Teils Siedlung in der „Gesamtüberprüfung“ können die kantonalen Zentrumsgebiete Schlieren (Nr. 12) und Oberwinterthur/Grüze (Nr. 7) ebenfalls vorgezogen genehmigt werden.

3 FOLGERUNG UND ANTRAG

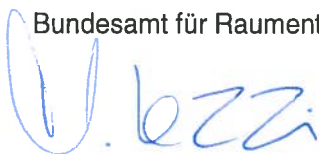
Im Sinne der erfolgten Prüfung wird dem UVEK gestützt auf Artikel 11 Absatz 2 RPV Folgendes beantragt:

Gestützt auf den Prüfungsbericht vom 17. März 2015 des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE werden die in Ziffer 1 und 2 aufgeführten und für die Leistungsvereinbarungen Agglomerationsprogramme 2. Generation relevanten Richtplaninhalte im Sinne einer Festsetzung genehmigt:

1. Folgende, im Kapitel 4.3.2 aufgeführte Vorhaben Schiene:
 - a) Tramverbindung Hardbrücke, Zürich (Objekt Nr. 4)
 - b) Limmattalbahn (Objekt Nr. 16)
 - c) Dietikon-Stoffelbach-Bahnhof Dietikon/Bremgarten-Dietikon (Objekt Nr. 17)

2. Folgende, im Kapitel 2.3.2 festgelegten Zentrumsgebiete:
 - a) Zentrumsgebiet Nr. 7 Oberwinterthur / Grüze
 - b) Zentrumsgebiet Nr. 12 Schlieren

Bundesamt für Raumentwicklung



Dr. Maria Lezzi

Direktorin

Ittigen, 17. März 2015